

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

129 (6.6.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 63, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 129

Mittwoch, den 6. Juni 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Reichsjustizminister Dr. Gürtner hat sich über die Reform des Strafrechts ausgesprochen, die voraussichtlich im Herbst zum Abschluß kommen soll.

Zum deutschen Rotekreuztag, der am kommenden Sonntag stattfindet, erklärt der Präsident des Roten Kreuzes einen Aufruf.

In Dresden wurde das Rudolf-Heß-Krankenhaus als ärztliche Forschungsanstalt für natürliche Heilweise seiner Bestimmung übergeben.

Bei einem Bergwerkunglück in China sind 75 Bergleute ums Leben gekommen, bei dem Taifununglück an der Küste von Korea 350 Fischer.

In Fulda hat die katholische Bischofskonferenz und die Generalversammlung des Bonifatiusvereins begonnen.

In Genf hat man im Präsidium der Abrüstungskonferenz am Dienstag noch keine Lösung gefunden. Henderfon drohte mit dem Rücktritt.

Der Reichspräsident nach Neudorf abgereist

DNB. Berlin, 5. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat am Dienstagabend mit dem fahrplanmäßigen Zuge Berlin verlassen und sich nach Ostpreußen begeben, wo er für einige Wochen auf seinem Gut in Neudorf Aufenthalt nehmen wird.

Hohe italienische Ordensauszeichnungen für Admiral Raeder und Kapitän Densch

DNB. Berlin, 5. Juni. Der König von Italien hat dem Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, das Großoffizierskreuz des Ordens des Heiligen Mauritius und Lazarus und dem Chef des Stabes der Marineleitung, Kapitän z. S. Densch, das Kommandokreuz des Ordens der Krone von Italien verliehen.

Der Reichsjahresmeister:

NSA. Der Reichsjahresmeister gibt bekannt: Der Führer hat unterm 3. Mai 1934 folgende Anordnung erlassen:

„Ich bestimme, daß alle Beschaffungsvorhaben zur Stellung und Durchführung rechtzeitig der Reichsjahresmeisterei gemeldet werden müssen.“

Dazu erlasse ich folgende Durchführungsbestimmungen:

1. Diese Anordnung ist, soweit es sich um die Beschaffungen in Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen, sowie Abzeichen, einschließliche Fest- und Tagungsabzeichen, handelt, für folgende Gliederungen und deren Untergliederungen der NSDAP, verbindlich:

a) SA., b) SS., c) PD. (NSBO), NS-Hago, NS-Frauen (NSF), d) Reichsjugendführung (HJ, DJ, BDM, Jungmädchen (BDM)), e) NS-Volkswohlfahrt, f) Reichspropaganda-Verwaltung der NSDAP, g) NS-Arzt-Bund, h) NS-Beamten-Bund, i) NS-Zurück-Bund, j) NS-Kriegsopferversorgung, k) NS-Lehrer-Bund, m) NS-Studentenbund, ferner n) Deutsche Arbeitsfront.

2. Die laufenden Beschaffungsvorhaben in Bekleidung, Ausrüstung und Abzeichen sind der Reichsjahresmeisterei mengenmäßig jeweils zum 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember für das folgende Kalenderdritteljahr zu melden.

3. Die Beschaffungsvorhaben in Fest- und Tagungsabzeichen sind mengenmäßig drei Monate vor Durchführung der geplanten Veranstaltungen der Reichsjahresmeisterei zur Kenntnis zu bringen. Die Ausarbeitung der Entwürfe bleibt den Veranstalter überlassen. Ueber das zu verwendende Material können der Reichsjahresmeisterei Vorschläge unterbreitet werden, die endgültige Festlegung des Materials ist der Reichsjahresmeisterei vorbehalten.

4. Neueinführungen sowie Änderungen in Bekleidung, Ausrüstung und Abzeichen können nur im Einvernehmen mit der Reichsjahresmeisterei durchgeführt werden. Die Bekanntgabe von Neueinführungen und Änderungen darf ebenfalls nur im Einverständnis mit der Reichsjahresmeisterei erfolgen.

5. Das Recht, Vorschriften über Verarbeitung, Form und Farbe zu erlassen, bleibt im allgemeinen den unter Ziffer 1 genannten Gliederungen vorbehalten. Das für die Herstellung von Bekleidung, Ausrüstung und Abzeichen zur Verwendung kommende Material bestimmt die Reichsjahresmeisterei.

6. Die Genehmigung der Beschaffungsvorhaben erfolgt nach Maßgabe der der Reichsjahresmeisterei zugeteilten Mittel.

München, den 1. Juni 1934.

gez. Schwarz.

Vor dem Ende in Genf

Kein Ausweg in Genf gefunden

Genf, 5. Juni. Im Laufe des Vormittags haben zwischen den wichtigsten Abordnungen der Abrüstungskonferenz eine Reihe von Besprechungen stattgefunden. Es wurde versucht, für die am Nachmittag stattfindende Tagung des Präsidiums wenigstens etwas günstigere Vorbedingungen zu schaffen. Insbesondere soll sich Norman Davis bemühen, eine Einigungsformel zu finden. Von unterrichteter Seite wird aber versichert, daß die Verzerrung noch immer sehr groß sei und sich ein wirklich dankbarer Ausweg nirgends zeige. Unter diesen Umständen wird wieder mehr als bisher von einer Vertagung der Abrüstungskonferenz gesprochen, die natürlich irgendwie bemängelt werden würde. Auch mit der Einlegung irgend eines Ausschusses, in dem sich dann wahrscheinlich die zahllosen Gegenläge innerhalb der großen Konferenz im Kleinen widerspiegeln würden, rechnet man immer noch.

Eine Entschliegung Henderfons

Genf, 5. Juni. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderfon hat dem Präsidium der Abrüstungskonferenz folgende Entschliegung zur Beschlußfassung vorgelegt:

Der Hauptauschluß der Abrüstungskonferenz begrüßt mit Befriedigung den von den verschiedensten Seiten deutlich ausgesprochenen Wunsch, die Konferenz ihre Arbeiten fortsetzen zu sehen mit dem Ziel, zu einem Abkommen zu gelangen;

beschießt, daß der Vorschlag Somjertrujlands, die Konferenz in eine dauernde Friedenskonferenz umzuwandeln, einer Prüfung der Regierungen unterworfen werden muß, ehe er Gegenstand der Beratungen bildet;

ist der Meinung, daß der Vorschlag, gegenseitige Hilfeleistungspakte abzuschließen, in erster Linie zwischen den Regierungen verhandelt wird, die unmittelbar daran interessiert sind. Die Ergebnisse müßten dann dem Präsidium der Konferenz mitgeteilt werden;

teilt die Ansichten der türkischen Abordnung, wonach es angezeigt sein würde, die Teilnahme aller interessierten Regierungen an diesen Besprechungen zu sichern;

beschießt, daß die Durchführungsbüroschaften für ein künftiges Abkommen, wie es in den ersten Paragraphen des Vorschlages enthalten ist, der durch die sechs Abordnungen unterbreitet wurde, dem besonderen Ausschuß, der sich unter dem Vorsitz von Bourquin schon mit den allgemeinen Bestimmungen des Abkommens befaßt hat, überlassen werden soll;

stellt fest, daß die Ansichten, wie sie durch die Regierungen Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands in ihren Noten vom 1. Januar, vom 4. Januar, vom 29. Januar und vom 16. April 1934 ausgedrückt wurden, eine gewisse Möglichkeit bieten zu einer Verständigung zu gelangen;

bittet das Präsidium mit allen Mitteln, die es für angemessen halten sollte, und mit der Unterstützung einer anderen Macht oder anderer Mächte, sie zur Teilnahme an seinen Arbeiten einzuladen, die es für notwendig oder nützlich halten sollte, den Ausgleich der Gegenläge zu versuchen, die noch in den oben erwähnten Noten bestehen;

entschließt im Hinblick auf alle anderen Fragen, die im Hauptauschluß — und zwar in den Sitzungen vom 29. und 30. Mai und am 1. Juni 1934 — vorgebracht worden sind, den Hauptauschluß mit allen Abrüstungsfragen en bloc zu befaßen und die politische Kommission mit allen Sicherheitsfragen, in dem man es ihnen überläßt, diese Fragen in Uebereinstimmung zu bringen und sie zu prüfen oder prüfen zu lassen, durch dafür geeignete Körperchaften, die zu diesem Zwecke gegündet werden sollen, sobald irgend eine Möglichkeit sich zeigt, zu nützlichen Ergebnissen zu gelangen;

ist dennoch der Meinung, daß zum Zwecke einer erfolgversprechenden Behandlung dieser Frage durch die genannten Kommissionen eine politische Vorbereitung im voraus notwendig ist, und daß eine verfrühte Prüfung unwirksam dieselben Schwierigkeiten entstehen lassen würde, die man schon in der Vergangenheit angetroffen hat;

bittet daher den Präsidium, die Arbeit und die Vorbereitung fortzusetzen und beschleunigt ihn, das Studium der die Abrüstung oder die Sicherheit betreffenden Fragen in Angriff zu nehmen, sobald im Hinblick auf die politischen Fragen genügende Fortschritte erreicht sind.

Der Entschliegungsentwurf Henderfons ist ein ausgesprochenes Verlegenheitszeugnis. Eine Menge sich gegenseitig aufhebender Entschliegungen sind in dieses Schriftstück hineingepreßt worden, um auf diese Weise eine Einklammerung wenigstens für die wenigen tatsächlichen Anordnungen der Entschliegung zu erreichen. Besonders bezeichnend ist es, daß Henderfon die vollkommene Unfähigkeit der Konferenz eingesteht, als solche weiter zu arbeiten, und daß die direkten Verhandlungen wieder in den Vordergrund geschoben werden. Henderfon selbst läßt sich Vollmachten für die persönliche Weiterführung der Verhandlungen geben. In keiner Weise ist in dieser Entschliegung auch nur der geringste praktische Fortschritt erkennbar. Alles in allem Zeichen trostloser Verlegenheit und einer unfähigen scheinenden Verzerrung.

Kurz vor 17 Uhr wurde die Sitzung des Präsidiums für etwa eine halbe Stunde unterbrochen, um den Beteiligten zu ermöglichen, den Vorschlag Henderfons nochmals eingehend zu prüfen.

Henderfon droht mit jenem Rücktritt

Genf, 5. Juni. Die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz dauert hinter verschlossenen Türen an. Auf Anregung des polnischen Außenministers Beck wurden die Abträge 6 und 7 des Entschliegungsentwurfes Henderfons, in denen von der Möglichkeit gesprochen worden war, den Standpunkt Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands auf einen Nenner zu bringen und in denen das Präsidium mit einer entsprechenden Aufgabe betraut wurde, gestrichen. Der polnische Antrag erfolgte nicht aus politischen Erwägungen, sondern ging davon aus, daß Polen an den Sonderbesprechungen der großen Mächte nicht beteiligt gewesen sei.

Nach Beck sprach Barthou. Er stellte die Sicherheitsfrage wieder in den Mittelpunkt und lehnte den wesentlichen Teil des Antrages Henderfons ab. Insbesondere lehnte er den Vorschlag, dem Präsidium besondere Vollmachten zur Lösung der Abrüstungskrise zu erteilen, ab. Was jetzt vorgeschlagen werde, sei genau das Gegenteil dessen, was man im Hauptauschluß beschlossen habe. Auch er sei dafür, daß Deutschland wieder in die Konferenz zurückkehre, aber er sei dagegen, daß man es ausdrücklich zurückhole. Es müsse mit dem gleichen freien Willen zurückkommen, mit dem es die Konferenz verlassen habe.

Wie man erfährt, ging es bei den Verhandlungen des Präsidiums sehr lebhaft zu. Seitdem Henderfon sich nach seiner Extratour zu Beginn der Konferenz wieder dem englischen Standpunkt weitgehend angenähert hat, ist er nun in einen ausgesprochenen Gegensatz zu Barthou geraten.

Henderfon erwiderte dem französischen Außenminister sofort in ungewöhnlich scharfer Weise, wobei er sich mit lebhaften Gesten immer wieder gegen Barthou wandte und schließlich mit jenem Rücktritt drohte. Wenn die Franzosen seinen Plan zu nichte machten, ohne einen besseren vorzuschlagen, so müßte er die Folgerungen daraus ziehen. Er habe für morgen den Hauptauschluß einberufen und wisse nicht, wie dieser weiterarbeiten solle, wenn keine Arbeitsgrundlage vorhanden sei. Henderfon deutete weiter an, daß er in diesem Falle Frankreich die Schuld am Scheitern der Konferenz zuschieben würde.

Wie weiter verlautet, war es kurz vorher noch zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Barthou und dem Spanier Madariaga gekommen, der den Franzosen durch einen Zurschanden hatte. Alles deutet also darauf hin, daß sich die Verhandlungen innerhalb des Präsidiums in einem besonders kritischen Stadium befinden und daß die Gegenläge vielfach eine persönliche Form angenommen haben.

Hauptauschluß vertagt

Genf, 5. Juni. Gegen 19 Uhr war die Sitzung des Präsidiums beendet. Wie zu erwarten war, ist wiederum keinerlei Ergebnis erzielt worden. Die für Mittwoch angelegte Sitzung des Hauptauschusses ist deshalb vertagt worden. Statt dessen wird das Präsidium keine Beratungen am Mittwoch fortsetzen. Zum Schluß erwiderte Barthou kurz auf die scharfen Worte Henderfons. Im Laufe der Aussprache nahmen noch der Vertreter Englands, Eden, und der Vertreter Italiens, Soragna, das Wort.

Am Schluß der Sitzung wurde der Antrag Henderfons in seiner neuen Fassung bekanntgegeben. So lautet der Absatz 6 des ursprünglichen Textes jetzt: Der Hauptauschluß bittet das Präsidium, mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln den Versuch zu machen, die politischen Gegenläge zu bereinigen, die noch bestehen. Der Absatz 7 ist gefallen und der Absatz 6 wesentlich abgeändert worden. Er hat folgenden Wortlaut: Der Hauptauschluß ist dennoch der Meinung, daß — mit Ausnahme der Fragen der Kontrolle, des Waffenhandels und der Waffenerstellung, deren Studium ohne Ausschluß fortgesetzt werden kann — eine politische Vorarbeit notwendig ist, um es den erwähnten Ausschüssen möglich zu machen, in den ihnen übertragenen Fragen zu einem Ergebnis zu kommen.

Moissi Präsident eines Abrüstungsausschusses?

Genf, 5. Juni. Gerücheweise hört man in den Wandelhallen des Völkerbundes, daß unter einigen Vertretern auf der Abrüstungskonferenz auch der Plan erwogen worden sei, Baron Moissi zum Präsidenten eines Ausschusses zu machen, dem die Entscheidung oder doch Vorschläge über den weiteren Verlauf der Abrüstungsverhandlungen anvertraut werden sollen. Dabei wurde betont, daß Baron Moissi bei der Lösung der sehr komplizierten Saarfrage sehr viel diplomatisches Talent und sehr viel Fähigkeit bewiesen habe.

